

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Winfried Hermann, Fritz Kuhn, Peter Hettlich,  
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/5270 –**

### **Schieneinfrastruktur ist öffentliche Aufgabe – Moratorium für die Privatisierung der Deutsche Bahn AG**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, ein Moratorium für den Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Eisenbahnen des Bundes zu erklären, bis die verfassungs- und bilanzrechtlichen Fragen eindeutig geklärt sind; sich bei der Klärung dieser Fragen von einer hochrangigen unabhängigen Expertenkommission beraten zu lassen, deren Mitglieder von den Fraktionen des Deutschen Bundestages vorgeschlagen werden, und die Lösung der verfassungs- und bilanzrechtlichen Probleme auf der Basis geltenden Rechts zu erarbeiten und keine Grundgesetzänderung oder Änderungen im Bilanzrecht („Lex DB AG“) vorzunehmen.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/5270 abzulehnen.

Berlin, den 10. Oktober 2007

### **Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

**Dr. Klaus W. Lippold**  
Vorsitzender

**Uwe Beckmeyer**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Uwe Beckmeyer

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/5270** in seiner 97. Sitzung am 10. Mai 2007 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Tourismus und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, ein Moratorium für den Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Eisenbahnen des Bundes zu erklären bis die verfassungs- und bilanzrechtlichen Fragen eindeutig geklärt sind; sich bei der Klärung dieser Fragen von einer hochrangigen unabhängigen Expertenkommission beraten zu lassen, deren Mitglieder von den Fraktionen des Deutschen Bundestages vorgeschlagen werden und die Lösung der verfassungs- und bilanzrechtlichen Probleme auf der Basis geltenden Rechts zu erarbeiten und keine Grundgesetzänderung oder Änderungen im Bilanzrechts („Lex DB AG“) vorzunehmen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/5270 in seiner 45. Sitzung am 20. Juni 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 71. Sitzung am 4. Juli 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 40. Sitzung am 20. Juni 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag in seiner 37. Sitzung am 20. Juni 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag in seiner 57. Sitzung am 20. Juni 2007 beraten und verzichtet einstimmig auf die Abgabe einer Stellungnahme.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 41. Sitzung am 20. Juni

2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 37. Sitzung am 20. Juni 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 20. Juni 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag in seiner 44. Sitzung am 4. Juli 2007 in Anwesenheit des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, es sei wichtig, dass man die DB AG möglichst schnell privatisiere, um sie für den europäischen Wettbewerb fit zu machen. Seit 1. Januar dieses Jahres sei der Güterverkehr in der Europäischen Union frei. Dies werde für den Personenfernverkehr ab 2010 auch der Fall sein. Wenn man als Unternehmen in diesem Wettbewerb bestehen wolle, müsse man massiv in neue Zugsysteme investieren. Der Eigentümer werde das Geld im Hinblick auf die Verschuldungslage des Bundes nicht bereitstellen, daher könne man das Kapital nur verstärken, indem man Private an dem Unternehmen beteilige. Dass man eine Kapitalprivatisierung vornehmen müsse, sei unterschieden. Der Antrag sei daher abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** betonte, wichtig sei ein Gesetzentwurf auf der Basis des Bundestagsbeschlusses vom November letzten Jahres. Dieser Auftrag des Deutschen Bundestages sei durch die Vorlage eines entsprechenden Entwurfes für das Kabinett umgesetzt. Die verfassungs- und bilanzrechtlichen Probleme seien inzwischen auch gelöst. Daher empfehle man, den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion der FDP** kritisierte die Kürze der Frist, welche den Verbänden für eine Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf gesetzt worden sei. Dies deute darauf hin, dass man an deren Meinung gar nicht interessiert sei. Auch bislang habe die Bundesregierung alle Aussagen von Fachleuten ignoriert. Wenn sich die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD an ihrem eigenen Entschließungsantrag orientieren würden, könnten sie nur feststellen, dass das Gesetz in der jetzigen Situation nicht entscheidungsreif sei. Auch die aufgeworfenen rechtlichen Fragen seien noch nicht geklärt.

Die **Fraktion Die LINKE.** bekundete ihre Zustimmung zu dem Antrag. Die offenen Fragen, welche dieser Antrag anspreche, seien nach wie vor offen. Vor allem die verfassungsrechtlichen, bilanzrechtlichen und europarechtlichen

Fragen müssten im Vorfeld geklärt werden. Man benötige auch Informationen über den Netzzustand, welche es ermöglichten, den Wert der Infrastruktur abzuschätzen. Der vorgelegte Entwurf entspreche nicht der Beschlusslage; der Referentenentwurf sei danach erst dem Bundestag vorzulegen und nicht gleich in das Kabinett einzubringen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bemerkte, ihr Antrag gebe eine breite Skepsis wieder, welcher in der ganzen Gesellschaft gegen die geplante Art der Privatisierung bestehe. In der Substanz habe sich bei dem Referentenentwurf gegenüber den bisherigen Plänen der Bundesregierung nichts geändert. Die großen Bedenken rechtfertigten es, jetzt innezuhalten und die Einwände der Experten ernst zu nehmen. Kern der Kritik sei es, dass die DB AG als Monopolist auf dem Netz auch noch faktischer Netzeigentümer sein solle. Ohne Not werde jetzt ein großes Vermögen zur Disposition gestellt und man wisse auch nicht, ob und zu welchem hohen Preis man es zurückerhalte.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/5270.

Berlin, den 10. Oktober 2007

**Uwe Beckmeyer**  
Berichtersteller